

Die Vizelandrätin verwies auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion.

KTM Waldästl sagte, seine Fraktion habe mit den Kolleginnen und Kollegen in Bonn eine klare Position zu diesem Thema, wonach man keine weitere Fahrpreiserhöhung im VRS habe möchte. In Bonn sei es Gegenstand der Koalitionsvereinbarung mit der Fraktion DIE GRÜNEN. Der Rhein-Sieg-Kreis solle als Gebietskörperschaft ebenfalls diesen Weg einschlagen.

Zudem habe man in der Diskussion um das 9-Euro-Ticket erlebt, dass der Preis ein wichtiger Stellhebel für die Attraktivität von Bus und Bahn sei.

Eine zweistufige Preiserhöhung (in der Summe bei 7 %) im kommenden Jahr zum 01.01.2023 und 01.07.2023 sei aus Sicht seiner Fraktion das falsche Signal, nachdem man eigentlich über einen viel preiswerteren und attraktiveren Nahverkehr spreche.

Zum dem solle in der kommenden Woche im VRS die Entscheidung über eine Preiserhöhung getroffen werden, obwohl noch keine Klarheit zwischen Land und Bund bestehe. Das erscheine seiner Fraktion sehr fraglich.

Sollte schließlich ein 49-Euro-Ticket eingeführt werden, werde es grundsätzlich eine neue Diskussion über die Ticket- und Tarifstruktur geben müssen. Von daher sei aus Sicht seiner Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt eine Fahrpreiserhöhung das falsche Signal.

Hinsichtlich der Verwaltungsvorlage teilte KTM Waldästl mit, dass es nicht zwangsläufig zu einer höheren Kreisumlage führen müsse, falls die Ticketpreise nicht erhöht werden. Es sei nirgends festgeschrieben, dass der Rhein-Sieg-Kreis einen ausgeglichenen Haushalt haben müsse. Auch der Rhein-Sieg-Kreis könne in ein Haushaltssicherungskonzept gehen. Von daher sei die Aussage bezüglich der Notwendigkeit einer Umlageerhöhung nicht richtig.

Es könne nicht sein, dass der Rhein-Sieg-Kreis die Städte und Gemeinden in Nothaushalte und Haushaltssicherungskonzepte zwänge und selbiger alle Ausgaben über eine Umlage finanziere.

KTM Steiner entgegnete hinsichtlich der Finanzierung des ÖPNV, dass ohne eine Fahrpreiserhöhung die Kommunen die Kosten tragen müssten. Die Finanzierung der Kommunen erfolge durch die Grundsteuer. Von daher tragen letztendlich die Bürgerinnen und Bürger die Mehrkosten, die nicht durch eine Fahrpreiserhöhung abgedeckt werden. Von daher gehe die Begründung in dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion fehl.

Weiter wies KTM Steiner darauf hin, dass der Rhein-Sieg-Kreis in den vergangenen zwölf Jahren die Bus- und Schienenkilometer verdoppelt habe. Jedoch hätten sich die Kosten verdreifacht. Für den weiteren Ausbau des ÖPNV benötige man die entsprechenden Mittel.

Die SPD-Fraktion im VRS stehe - bis auf die Fraktionen aus Bonn, die es im Koalitionsvertrag verankert haben und die SPD-Kreistagsfraktionen - zu einer Preiserhöhung. Im VRS sei zudem eine 2/3 Mehrheit notwendig, um eine Preiserhöhung zu verhindern. Von daher sei der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion nicht sinnhaft.

Die Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN befürworte hingegen eine Nachfolgelösung des 9-Euro-Tickets. Ein günstiges Ticket, welches bundesweit einfach genutzt werden könne.

KTM Dr. Kuhlmann sagte, seine Fraktion werde den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion nicht unterstützen. Zudem unterstütze er die Ausführung des KTM Steiner.

Die FDP-Fraktion unterstütze zudem die einstimmige Empfehlung des VRS Beirates hinsichtlich einer zweistufigen Preisanpassung. Im Übrigen habe die SPD diese Empfehlung ebenfalls unterstützt.

Aus Sicht seiner Fraktion sei das ein tragfähiger Kompromiss, der die Belange aller Beteiligten (Fahrgäste, Verkehrsunternehmen und Kommunen) berücksichtige. Darüber hinaus müssten seines Erachtens auch die Kundinnen und Kunden zu der Finanzkrise des ÖPNV einen Beitrag leisten.

Weiter bemerkte KTM Dr. Kuhlmann, dass die Preisanpassung deutlich unter der Inflationsrate liege. Eine Nullrunde würde Kommunen und Kreise finanziell zusätzlich stark belasten sowie das Bus- und Bahnangebot gefährden. Das könne nicht im Interesse des Kreises liegen.

Aus diesen Gründen werde er in der Verbandsversammlung am 30.09.2022 der Empfehlung des VRS Beirates zustimmen.

Im Übrigen sei seine Fraktion für eine schnelle Nachfolgelösung des 9-Euro-Tickets. Die Vorschläge des Verbandes deutscher Verkehrsunternehmen gehen in die richtige Richtung.

Zuletzt merkte KTM Dr. Kuhlmann an, er halte den Vorschlag der SPD-Kreistagsfraktion aus dem Antrag bezüglich einer Anweisung der Mitglieder in der Verbandsversammlung des VRS für absurd.

KTM Dr. Fleck sagte, er hätte sich gewünscht, dass die vorherigen Ausführungen zum 9-Euro-Ticket Gegenstand des Antrags der SPD-Kreistagsfraktion gewesen wären. Er erinnerte an die vergangene Kreistagssitzung zum Thema Erhöhung der Taxibeträge. Er sei der einzige gewesen, der sich hinter die Bürgerinnen und Bürger gestellt habe und sich gegen eine Erhöhung ausgesprochen habe.

KTM Schäfer sagte, da derzeit ca. die hälftige Inflationsrate als Preiserhöhung im Raum stehe, mache das den ÖPNV gegenüber dem Individualverkehr deutlich attraktiver. Mit einer solchen kleinen Erhöhung könne man gut leben.

KTM Otter sagte, die Gruppe Die LINKE sehe durchaus eine Notwendigkeit der Umkehr vom Individualverkehr hin zum ÖPNV. Insofern werden man dem Antrag zustimmen.

Man sehe jedoch einen anderen Schwerpunkt in der Begründung. Man halte es durchaus für möglich, Synergien zu erreichen, indem man Mittel für den Straßenbau auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene als Gegenfinanzierung für die steigenden Preise im ÖPNV nutzt. Das sei kostenneutral und würde die Bürgerinnen und Bürger nicht zusätzlich belasten.

KTM Richter verwies auf den Koalitionsvertrag in Bonn, wonach festgelegt wurde, dass die Preise für den ÖPNV nicht steigen dürfen. Der Rhein-Sieg-Kreis sehe das jedoch völlig anders, obwohl die Menschen hier viel stärker von den hohen Preisen im ÖPNV betroffen seien.

Darüber hinaus dürfe man bei der Forderung eines Nachfolgetickets nicht auf den Bund zeigen. Dieser habe bereits signalisiert, ein Nachfolgeticket zu unterstützen. Der ÖPNV sei jedoch eine Landesaufgabe. Demnach müsse das Land dazu bewegt werden, sich hierfür einzusetzen.

KTM H. Becker sagte, man habe immer wieder gefordert, dass es eine dritte Säule zur Finanzierung des ÖPNV geben müsse, da der ÖPNV insgesamt unterfinanziert sei. Hinsichtlich der Regionalisierungsmittel merkte er an, dass diese nicht auskömmlich seien und deswegen im Koalitionsvertrag beim Bund als Aufstockungsmaßnahme aufgeführt sind. Bis heute seien die Mittel jedoch nicht aufgestockt worden.

Bezüglich der Tarifierhöhung im ÖPNV sagte KTM H. Becker, dass ohne diese Beitragserhöhung der VRS ein Defizit von ca. 70 Millionen Euro aufweisen werde. Für den Rhein-Sieg-Kreis bedeute dieses ein Anteil von ca. insgesamt 7 Millionen Euro, welches ungefähr einen Umlagepunkt entspräche.

Weiter sagte KTM H. Becker, bei einer Einführung eines bundesweiten Tickets von 49 Euro müssten die Träger des ÖPNV die Defizite in der Gestalt tragen, dass die Einnahmen zusätzlich bezuschusst werden.

Das Defizit in Höhe von einem Prozent der Kreisumlage, welches die SPD-Kreistagsfraktion durch ein Haushaltssicherungskonzept zu decken beabsichtige, sei genau der Betrag, der ansonsten bei der Systematik erstattet werde.

KTM Dr. Fleck, wies darauf hin, dass die Sanktionen gegen den Ukraine-Krieg ursächlich für die Problematik seien.

KTM Waldästl entgegnete, nicht die Sanktionen, sondern der Angriffskrieg von Wladimir Putin trage die Schuld. Das dürfe hier nicht unwidersprochen stehen belieben.

KTM Dr. Fleck erwiderte, die Ukraine sei nicht EU und NATO-Mitglied.

Die Vizelandrätin verwies auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion und bat darum, zum Thema zurückzukommen. Sie stellte fest, dass die Argumente hierzu abschließend ausgetauscht worden seien. Wortmeldungen seien nicht mehr vorhanden. Somit komme man nun zur Abstimmung über den SPD-Antrag.

Aufgrund einer Wortmeldung des KTM Schäfer erteilte die Vizelandrätin KTM Schäfer mit dem Hinweis das Wort, dass zu dem Antrag gesprochen werden solle.

KTM Schäfer sagte, er wolle nicht die Aussage des Genossen von der SPD-Kreistagsfraktion im Raum stehen lassen.

Die Vizelandrätin wies darauf hin, dass es um die Beratung des Antrags der SPD-Kreistagsfraktion gehe und nunmehr die Abstimmung über den Antrag erfolge.